

UNIVERSITY OF WUPPERTAL
BERGISCHE UNIVERSITÄT WUPPERTAL

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFT
UND
INTERNATIONALE MAKROÖKONOMIK



Paul J.J. Welfens

**EU-Osterweiterung: Anpassungsprozesse,
Binnenmarktdynamik und Euro-Perspektiven**

Diskussionsbeitrag 216
Discussion Paper 216

Europäische Wirtschaft und Internationale Wirtschaftsbeziehungen
European Economy and International Economic Relations

ISSN 1430-5445

Paul J.J. Welfens

**EU-Osterweiterung: Anpassungsprozesse,
Binnenmarktdynamik und Euro-Perspektiven**

August 2016

Herausgeber/Editor: Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, Jean Monnet Chair in European Economic Integration

EUROPÄISCHES INSTITUT FÜR INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN (EIIW)/
EUROPEAN INSTITUTE FOR INTERNATIONAL ECONOMIC RELATIONS
Bergische Universität Wuppertal, Campus Freudenberg, Rainer-Gruenter-Straße 21,
D-42119 Wuppertal, Germany
Tel.: (0)202 – 439 13 71
Fax: (0)202 – 439 13 77
E-mail: welfens@eiiw.uni-wuppertal.de
www.eiiw.eu

JEL classification: F02, N14, O52

Key words: Internationale Wirtschaftsordnung und Integration, Europa

Summary: The adjustment processes in the context of EU enlargement are analysed and it is shown that institutional changes and economic adjustment dynamics differ across countries. EU eastern enlargement has generated some convergence effects. After a transition period there was considerable westward migration. Changes and sectoral output composition of Eastern Europe is partially related to the value-added chains of western EU companies. Until 2015 membership in the Eurozone has been completed by smaller accession countries only. Poland as the biggest economy of Eastern Europe still has no plans for a membership soon. EU eastern enlargement lags a consistent complementary EU neighbourhood policy. At the bottom line EU-eastern enlargement reinforces necessary EU reforms.

Zusammenfassung: Der vorliegende Beitrag thematisiert die Anpassungsprozesse im Kontext der EU-Osterweiterung und zeigt auf, dass die institutionellen und realwirtschaftlichen Veränderungen relativ differenziert abliefen. Insgesamt hat die EU-Osterweiterung in Osteuropa ökonomische Konvergenzeffekte ausgelöst, zudem ergab sich nach den Übergangsfristen eine erhebliche Westwanderung. Der industrielle Strukturwandel in Osteuropa ist zum Teil stark mit der Einbindung in westeuropäische Wertschöpfungsketten verbunden. Eine Mitgliedschaft in der Eurozone ist bis 2015 nur von den kleineren osteuropäischen EU-Ländern realisiert worden; mit Polen steht das größte Land hier bislang außen vor. Der EU-Osterweiterung fehlt eine sinnvolle Flankierung durch EU-Nachbarschaftspolitik. Insgesamt ist die EU gerade auch wegen der EU-Osterweiterung reformbedürftig.

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, Jean Monnet Professor for European Economic Integration; Chair for Macroeconomics; President of the European Institute for International Economic Relations at the University of Wuppertal, (Rainer-Gruenter-Str. 21, D-42119 Wuppertal; +49 202 4391371), Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po, Paris; Research Fellow, IZA, Bonn; Non-Resident Senior Fellow at AICGS/Johns Hopkins University, Washington DC

Prof. Welfens has testified before the US Senate, the German Parliament, the EP, the IMF etc.

welfens@eiiw.uni-wuppertal.de , www.eiiw.eu

EIIW 2015 = 20 years of award-winning research

EU-Osterweiterung: Anpassungsprozesse, Binnenmarktdynamik und Euro-Perspektiven

Discussion Paper 216

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Abbildungsverzeichnis	I
Tabellenverzeichnis	II
1. Systemtransformation und EU-Annäherung als Herausforderung	1
1.1 EU-Osterweiterungen 2004, 2007 und 2013.....	2
2. Binnenmarktdynamik 2004-2014: Offenheitsgrade und Makroaspekte	4
3. Migrationsaspekte, Beschäftigung, Bruttonational-einkommen	10
3.1 Institutionelle Anpassungsdynamik in den osteuropäischen Beitrittsländern.....	11
4. Euro-Perspektiven	13
5. Perspektiven	16
Literatur	20

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Reales BIP pro Kopf (zu konstanten 2010 Euro-Preisen), KKP(EU28 =1)	13
---	-----------

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Corruption Perceptions Index (100 bis 0= sehr korrupt) in 2000 und 2014 in Osteuropa.....	4
Tabelle 2:	Exporte, % vom BIP, alle Länder der Welt.....	6
Tabelle 3:	Importe, % vom BIP, alle Länder der Welt	6
Tabelle 4:	Exporte, % vom BIP, Europäische Union (28 Länder)	7
Tabelle 5:	Importe, % vom BIP, Europäische Union (28 Länder)	7
Tabelle 6:	Trade in Value Added vs. Gross Trade as % of GDP, Partner World ..	8
Tabelle 7:	Revealed Comparative Advantage, 2009, Partner World	9
Tabelle 8:	Country-level transition indicators 2014.....	11
Tabelle 9:	a) Pro-Kopf-Einkommen (KKP), b) Arbeitslosenquote, c) Inflationsrate, d) Exportquote, e) Leistungsbilanzquote, f) Defizitquote, g) Schuldenquote, h) langfristiger Zins der osteuropäischen EU-Beitrittsländer, Deutschlands, Österreichs und der EU 1991, 1995, 2000, 2005, 2010, 2014	15

1. Systemtransformation und EU-Annäherung als Herausforderung

Die EU-Osterweiterung begann am 1. Mai 2004 und wurde in 2007 und 2013 fortgesetzt, so dass elf osteuropäische Länder plus Malta und Zypern die Gemeinschaft vergrößerten. Da im Kontext der EU-Süderweiterung in den 80er Jahren schon Erweiterungen um relativ arme Länder stattgefunden hatten, kann man einige Ähnlichkeiten zwischen der Süd- und der Osterweiterung sehen. Aber natürlich hat die EU-Osterweiterung die doppelte Besonderheit, dass sie im Umfeld der seit Anfang 1993 verankerten Binnenmarkt-Dynamik zu vollziehen war und zudem waren die osteuropäischen EU-Länder mit der Problematik eines institutionellen und strukturellen Erbes der sozialistischen Wirtschaftssysteme belastet.

Als die Sowjetunion unter Präsident Michael Gorbatschow entschied – wegen anhaltender Wirtschaftskrise und durchaus auch unter dem Menetekel-Schock des schweren Kernkraft-Unglücks von Tschernobyl in 1986 -, dass das sowjetische System der Zentralverwaltung umfassend reformiert werden müsse, ergaben sich Reformspielräume auch in den osteuropäischen sozialistischen Partnerländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Die Wirtschaftskrise verschärfte sich aber auch in diesen Ländern, wobei diese sichtbar wurde an der expandierenden sozialistischen Schattenwirtschaft, der wachsenden Korruption und den immer neuen Versorgungsengpässen in der offiziellen Wirtschaft sowie den hohen Abwertungssätzen auf den Devisenschwarzmärkten. Letztlich gab es in der Endphase 1989/90 hohe Nachfrageüberhänge auf den Gütermärkten, teilweise offene hohe Inflationsraten, Währungssubstitution, hohe Auslandsverschuldung – mit Ausnahme Rumäniens - und ein Schrumpfen der Realeinkommen über mehrere Jahre. Aus den ersten freien Wahlen in Polen im Juni 1989 und nachfolgend in anderen postsozialistischen Ländern auf dem Weg zur Marktwirtschaft, gingen grundsätzlich bürgerliche bzw. reformsozialistische (postkommunistische) Parteien als Wahlsieger hervor, die politisch in Regierungen die Weichen Richtung Marktwirtschaft, Demokratie und Rechtsstaat sowie eine EU-Mitgliedschaft stellten. Letzteres ergab sich als Option erst 1991, nach dem Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes als Militärbündnis und des sozialistischen Integrationsraums RGW unter sowjetischer Führung.

Die Europäische Union unterstützte zunächst mit einer asymmetrischen Liberalisierungsstrategie und technischen Hilfen im Rahmen des Phare-Programmes den Umbau der Wirtschaftssysteme bzw. die Exportdynamik der Transformationsländer – die EU-Vorleistung bestand darin, dass man zunächst einseitig Zollhürden für osteuropäische Länder abbaute. Bei den später, nach dem Kosovo-Krieg, auf die EU verstärkt zugehenden Balkan-Ländern gab man ähnliche Hilfen, man verlangte aber zugleich seitens der EU, dass diese Länder untereinander regionalen Freihandel aufbauten. Die erste EU-Osterweiterungsrunde begann am 1. Mai 2004 mit zehn Ländern – inklusive Malta und Zypern; 2007 folgten zum 1. Januar Rumänien und Bulgarien, zur Mitte 2013 dann Kroatien.

1.1 EU-Osterweiterungen 2004, 2007 und 2013

In den Beitrittsverhandlungen wurden seitens osteuropäischer Länder nur wenige Übergangsregelungen verankert, etwa für den Landerwerb in Polen; seitens der EU-Länder behielt man sich für maximal sieben Jahre Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit vor. Ausnahmen bei letzterer waren Irland, Schweden und Großbritannien. Grundlegendes Erfordernis einer EU-Mitgliedschaft sind Demokratie, Rechtsstaat - inklusive Minderheitenschutz - und die Fähigkeit, dem Druck des Binnenmarktes Stand zu halten.

Der EU-Beitritt war durch eine asymmetrische Handelsliberalisierung vorbereitet worden. Die Europäische Union entschied, die osteuropäischen Transformationsländer durch Handelsliberalisierung zu unterstützen:

- 1991 wurden Importliberalisierungen auf Basis des Systems des Generalised System of Preferences vorgenommen, das eigentlich für Entwicklungsländer gedacht ist.
- Schon 1991 traten als breitere Handelsliberalisierungen erste Europa-Abkommen mit Transformationsländern in Kraft, im März 1992 folgte das Europa-Abkommen der EU mit Tschechien in Kraft, weitere Abkommen folgten. Die vor allem auf die Liberalisierung des Industriegüter-Handels ausgerichteten Europa-Abkommen führten zu einem deutlichen Anstieg im Außenhandel mit der EU, zudem einem verstärkten Strukturwandel in den ehemals sozialistischen Ländern, wo aus ideologischen Gründen der Dienstleistungssektor seit Jahrzehnten vernachlässigt worden war. Die asymmetrische Handelsliberalisierung zugunsten der EU stimulierte die Exporte bzw. den Handel und den Wirtschaftsaufschwung mit den osteuropäischen Ländern.
- In 31 Verhandlungs-Kapiteln wurde der Rechtsbestand der EU mit den Beitrittskandidaten verhandelt.
- Mit der EU-Mitgliedschaft erhielten die neuen Mitglieder weitgehenden Zugang zu den Struktur- und Regionalfonds.
- Alle EU-Mitgliedsländer müssen formal gesehen – und genauer betrachtet – die drei Kopenhagen-Kriterien aus dem Jahr 1993 erfüllen:
- Ein EU-Land soll eine Demokratie mit Rechtsstaat sowie Achtung der Menschenrechte, inklusive Schutz von Minderheitenrechten darstellen (politisches Kriterium)
- Das Kandidatenland soll eine funktionsfähige Marktwirtschaft sein, dass dem Wettbewerbsdruck des EU-Binnenmarktes standhalten soll (ökonomisches Kriterium).
- Das Land soll die aus der EU-Mitgliedschaft erwachsenden Rechte und Pflichten übernehmen und die Ziele der Gemeinschaft, inklusive Wirtschafts- und Währungsunion zu Eigen machen (Acquis communautaire-Kriterium).
- Die EU ist von ihrer Geschichte her als Rechts-, Wirtschafts- und partielle Politikgemeinschaft angelegt; letzteres betrifft die EU-Kompetenz der Außenhandelspolitik in der Zollunion mit gemeinschaftlichem Außenhandelszoll und die Rahmenpolitik in der Wettbewerbs- und Regulierungspolitik plus die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank seit 1.1.1999 für die Eurozone sowie die

Bankenunion seit Anfang November 2014. Die Wirtschaftsgemeinschaft ist durch den Binnenmarkt dargestellt, der durch die Eurozone via größere Preistransparenz und verminderte Transaktionskosten gestärkt werden sollte – allerdings hat die Eurokrise mit der vom Krisenmanagement verfolgten extremen Nutzung juristischer Interpretationsspielräume die Rechtsgemeinschaft geschwächt. Grundsätzlich wird erwartet, dass die osteuropäischen EU-Länder längerfristig der Eurozone beitreten, denn eine Opting-out-Klausel haben ja nur Dänemark und Großbritannien. Letzteres ist wiederum ein bevorzugtes Zielland der Emigration aus osteuropäischen EU-Ländern, wobei die erste Cameron-Regierung – unter Druck durch die rechtspopulistische Anti-EU-Partei UKIP – vor den Unterhauswahlen 2015 Position gegen die EU-Freizügigkeit bezogen hat: Es kämen zu viele Einwanderer aus EU-Ländern ins Land, die zudem die Sozialsysteme ausnutzen würden.

- Die Wirtschaftsentwicklung in den osteuropäischen EU-Ländern verlief nach der EU-Mitgliedschaft dank Privatisierungen und Strukturwandel einerseits und andererseits im Zuge wachsender Exporte nach Westeuropa bzw. in andere EU-Länder bis zum Jahr der Transatlantischen Bankenkrise 2008 und der Großen Rezession in 2009 relativ erfolgreich. Die Pro-Kopf-Einkommen auf Kaufkraftparitätenbasis stiegen an, allerdings wurden auch die Einkommensunterschiede nach 1995 in vielen Ländern größer.

Betrachtet man die Entwicklung des Korruptionsgrades, so kann man in vielen osteuropäischen Beitrittsländern positive Entwicklungen im Zeitablauf sehen. Allerdings gelten nach der Messung des Corruption Perceptions Index die Länder Kroatien, Rumänien und Bulgarien mit einem Indexwert von unter 50 auch in 2014 noch als sehr korrupt.

Tabelle 1: Corruption Perceptions Index (100 bis 0= sehr korrupt) in 2000 und 2014 in Osteuropa

Country	2014		2000		Δ CPI Score
	Rank	CPI Score	Rank	CPI Score	
Germany	12	79	17	76	3
Austria	23	72	15	77	-5
Estonia	26	69	27	57	12
Poland	35	61	43	41	20
Lithuania	39	58	43	41	17
Slovenia	39	58	28	55	3
Latvia	43	55	57	35	20
Georgia	50	52			
Czech Republic	53	51	42	43	8
Slovakia	54	50	52	35	15
Croatia	61	48	51	37	11
Bulgaria	69	43	52	35	8
Romania	69	43	68	29	14
Serbia	78	41			
Bosnia and Herzegovina	80	39			
Armenia	94	37	76	25	12
Moldova	103	35	74	26	9
Albania	110	33			
Kosovo	110	33			
Belarus	119	31	43	41	-10
Russia	136	27	82	21	6
Ukraine	142	26	87	15	11

Quelle: Corruption Perceptions Index, <http://www.transparency.org/cpi2014>.

2. Binnenmarktdynamik 2004-2014: Offenheitsgrade und Makroaspekte

Die Europa-Abkommen und die EU-Mitgliedschaft hat den Schwerpunkt des Außenhandels von der ehemaligen Sowjetunion hin zu Westeuropa gelenkt und insgesamt hat die Außenhandelsquote zugenommen. Die Finanzmarktmodernisierung – inklusive Gründung neuer Aktienbörsen in osteuropäischen Ländern – hat zu Kapitalbildung, Strukturwandel und Wachstum beigetragen (KUTLINA, 2007). Eine besondere Herausforderung war dabei der industrielle Strukturwandel, wobei diese Anpassungen in Osteuropa natürlich auch eine besondere Herausforderung für die Kohäsionsländer der EU15-Gemeinschaft waren, die sich gegenüber der neuen Konkurrenz aus Osteuropa behaupten mussten, was in verschiedenen Sektoren unterschiedlich erfolgreich war (BORBELY, 2006). Die Fähigkeit zu erfolgreicher Produktinnovation gerade in den kapital- und wissensintensiven Branchen ist osteuropäischen Beitrittsländern differenziert, wobei Tschechien und Ungarn hier relativ früh zeitweise Erfolge vorzuweisen hatten; sicherlich auch wegen des erheblichen Zuflusses an Direktinvestitionen in der Industrie,

der bei Polen erst später einsetzte. Die Regierungen einiger Länder, insbesondere Tschechien, Ungarn und Polen, versuchten dabei auch mithilfe von Cluster-Förderungen, Modernisierungs- bzw. Wachstumsimpulse zu setzen (WELFENS, 2011). Dabei gab die allgemeine Politikinitiative der Europäischen Kommission – vor allem im Rahmen der Lissabon-Agenda 2010 – zum Teil komplementäre Impulse. Die Baltischen Staaten versuchten schon frühzeitig, durch geeignete Makropolitik und Strukturreformen ein exportgetriebenes Wachstum zu erreichen und die Weichen für eine baldige Mitgliedschaft in der Eurozone zu stellen (KEIM, 2009). Ein von der Europäischen Kommission mit gewissen Übergangsfristen versehener wichtiger Anpassungsbereich betraf den Telekommunikationssektor bzw. den Sektor der im Kontext der Lissabon-Agenda wichtigen Informations- und Kommunikationstechnologie, die besonders diffusions- sowie handels- und wachstumsrelevante Entwicklungen förderte.

Dass insbesondere auch die Expansion moderner Telekommunikationsnetze in Verbindung mit verstärktem Wettbewerb bzw. sinkenden internationalen Telefonpreisen den Außenhandel in der EU bzw. der EU-Länder förderte, ist in empirischen Analysen deutlich geworden (JUNGMITTAG/WELFENS, 2009): verminderte internationale Informationskosten stimulieren den Außenhandel signifikant. Zum realwirtschaftlichen Konvergenzprozess in der EU gehört auch der Sachverhalt, dass die osteuropäischen Transformationsländer gerade im Bereich der Mobilkommunikation bzw. der Internet- und Hostdichte mittelfristig aufgeholt hat. Wegen der geringen Festnetzdichte war in Osteuropa von vorn herein ein deutlicher Fokus auf der Mobilfunkexpansion.

Mit Ausnahme des starken Einbruchs bei der Exportquote in der Großen Rezession 2008/09 stieg die Relation Exporte zu Bruttoinlandsprodukt langfristig stark an. Auf der Importseite gab es eine ähnliche Entwicklung. Die Exporte in die EU bzw. Importe aus der EU machten 1999 in vielen Ländern nur in wenigen Fällen mehr als 40% des Bruttoinlandsproduktes aus, 2014 lagen mehrere Länder schon bei über 50%; auf der Exportseite war die Slowakische Republik mit 73,1% Spitzenreiter vor der Tschechischen Republik mit 69,4%, gefolgt von Ungarn mit 64,5%, Polen – zum Teil natürlich der Größe des Landes geschuldet – lag bei 30,4%, was allerdings mehr als eine Verdopplung gegenüber 1999 ausmachte. Auf der Importseite waren die Spitzenwerte bei der Slowakischen Republik, Estland, Ungarn und der Tschechischen Republik.

Tabelle 2: Exporte, % vom BIP, alle Länder der Welt

GEO/TIME	1999	2004	2009	2014
Bulgarien	29,1	38,2	32,4	52,5
Tschechische Rep.	41,1	57,8	54,6	84,5
Estland	KA	49,1	45,9	61,9
Kroatien	KA	19,3	16,7	KA
Zypern	4,0	5,5	4,9	7,8
Lettland	23,2	27,5	29,3	45,5
Litauen	KA	41,0	43,8	67,2
Ungarn	51,1	53,8	63,7	80,7
Malta	48,4	41,6	33,4	26,6
Polen	16,1	29,5	31,1	39,5
Rumänien	23,5	30,8	24,2	35,0
Slowenien	37,9	47,4	51,9	73,0
Slowakei	49,2	64,2	63,0	86,6

Quelle: Eurostat

Tabelle 3: Importe, % vom BIP, alle Länder der Welt

GEO/TIME	1999	2004	2009	2014
Bulgarien	40,0	55,6	46,8	62,3
Tschechische Rep.	44,0	58,7	50,8	74,0
Estland	KA	69,1	51,4	70,3
Kroatien	KA	39,9	33,7	KA
Zypern	28,6	32,0	30,5	29,0
Lettland	39,7	48,6	37,4	54,9
Litauen	KA	54,6	48,7	73,1
Ungarn	57,2	58,6	59,7	76,5
Malta	69,5	60,1	52,3	61,3
Polen	27,0	35,2	34,1	40,1
Rumänien	28,8	42,8	32,3	39,0
Slowenien	44,7	51,5	52,5	68,9
Slowakei	54,5	69,1	62,5	82,2

Quelle: Eurostat

Tabelle 4: Exporte, % vom BIP, Europäische Union (28 Länder)

GEO/TIME	1999	2004	2009	2014
Bulgarien	16,7	23,9	21,2	32,8
Tschechische Rep.	36,1	50,7	46,5	69,4
Estland	KA	39,5	31,9	44,7
Kroatien	KA	12,7	10,1	15,0
Zypern	2,3	3,7	3,3	4,4
Lettland	18,0	21,3	19,9	31,0
Litauen	KA	27,6	28,2	36,9
Ungarn	43,5	45,3	51,1	64,5
Malta	23,8	20,5	13,4	12,8
Polen	13,2	23,8	24,8	30,4
Rumänien	17,2	23,3	18,0	24,9
Slowenien	30,9	36,4	40,0	55,0
Slowakei	44,3	56,0	54,4	73,1

Quelle: Eurostat

Tabelle 5: Importe, % vom BIP, Europäische Union (28 Länder)

GEO/TIME	1999	2004	2009	2014
Bulgarien	22,0	31,8	28,1	38,4
Tschechische Rep.	33,8	47,1	39,7	57,2
Estland	KA	51,0	41,3	57,4
Kroatien	KA	28,3	21,2	29,7
Zypern	16,9	22,3	22,1	20,7
Lettland	30,1	36,8	28,2	44,2
Litauen	KA	34,7	28,8	46,7
Ungarn	41,1	40,2	41,2	57,3
Malta	46,0	44,0	39,2	37,3
Polen	19,5	26,5	24,7	27,7
Rumänien	19,9	28,3	23,7	29,4
Slowenien	36,6	44,1	39,5	47,7
Slowakei	40,7	54,5	46,9	62,5

Quelle: Eurostat

Wenn man die Wertschöpfungsexporte als Anteil am Bruttoinlandsprodukt betrachtet – sie stehen nur für einige Länder zur Verfügung –, dann gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern und auf der Importseite ist es ebenfalls interessant zu sehen, dass ein Teil der Importe auf eigene Wertschöpfung entfällt, also exportierte Vorprodukte aus dem Importland enthält.

Die Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten spielt für Export-Firmen aus osteuropäischen EU-Ländern eine wichtige Rolle. Die Anpassungsprozesse im Kontext der EU-Osterweiterung bestanden in einem starken Strukturwandel und einer teilweisen Ausrichtung einiger Länder auf die Einbindung in westeuropäische Wertschöpfungsketten – dabei spielte als Bezugsland Deutschland eine besonders wichtige Rolle (GALAR, 2015). Teilweise waren naturgemäß Direktinvestitionszuflüsse gerade in osteuropäischen EU-Ländern ein wichtiger Expansions- und Modernisierungsimpuls, wobei auch

chinesische Direktinvestoren bei einigen Ländern bedeutsam sind (DREGER/SCHÜLER-ZHOU/SCHÜLLER, 2015).

Tabelle 6: Trade in Value Added vs. Gross Trade as % of GDP, Partner World

Variable	EXGR_GDP: Gross Exports as % of GDP (total Value Added)			IMGR_GDP: Gross Imports as % of GDP (total Value Added)		
	2005	2008	2009	2005	2008	2009
Czech Republic	79,24	77,80	75,41	6,25	5,23	1,22
Estonia	4,82	7,26	0,96	0,75	0,82	4,95
Hungary	6,55	8,19	5,04	8,18	7,19	9,96
Poland	5,61	6,89	6,82	6,06	0,04	6,30
Slovak Republic	1,42	7,47	6,09	5,35	9,18	6,41
Slovenia	1,38	3,40	7,09	1,44	5,75	5,31

Variable	EXGRDVA: Domestic Value Added embodied in Gross Exports as % of GDP (total Value Added)			IMGRFVA: Foreign Value Added embodied in Gross Imports as % of GDP (total Value Added)		
	2005	2008	2009	2005	2008	2009
Czech Republic	5,66	5,42	3,99	1,17	9,22	8,53
Estonia	6,62	9,21	9,34	8,19	1,35	1,03
Hungary	9,08	7,32	8,54	1,58	8,38	4,57
Poland	4,50	5,72	6,58	6,33	9,04	6,90
Slovak Republic	7,23	9,73	6,45	4,04	5,89	7,95
Slovenia	2,22	4,70	2,70	6,93	9,65	3,85

Variable	c) EXGRDVA/EXGR_GDP			d) IMGRFVA/IMGR_GDP		
Country/Time	2005	2008	2009	2005	2008	2009
Czech Republic	70,60	70,61	70,61	70,73	70,71	70,75
Estonia	70,49	70,58	70,65	70,72	70,73	70,75
Hungary	70,51	70,55	70,59	70,71	70,72	70,74
Poland	70,69	70,70	70,72	70,73	70,73	70,74
Slovak Republic	70,52	70,51	70,55	70,72	70,71	70,72
Slovenia	70,63	70,65	70,69	70,72	70,71	70,75

Quelle: OECD-WTO Trade in Value Added (TIVA) January 2013

Bei den RCA-Werten auf Basis von Wertschöpfungsexporten und -importen zeigen sich unterschiedliche Positionierungen (1 als neutraler Wert gesetzt): Die Tschechische Republik und Slowenien haben einen positiven RCA bei Maschinen und Anlagen, während dies bei den Bruttoexport- bzw. Bruttoimportzahlen nur für Slowenien der Fall ist. Bei Automobilen und anderen Transportmitteln haben die Tschechische Republik, Ungarn, Polen, die Slowakische Republik und Rumänien auf Basis von Wertschöpfungszahlen einen positiven RCA – also größer 1. Auf Basis der Bruttozahlen hätte auch Slowenien noch einen positiven RCA-Index in 2009. Bei elektrischen Anlagen und Optischen Geräten hat auf Basis von Wertschöpfungszahlen nur Ungarn einen komparativen Vorteil bzw. eine RCA größer 1.

Tabelle 7: Revealed Comparative Advantage, 2009, Partner World

Indicator	Revealed Comparative Advantage based on gross exports, manufacturing goods								
Country/Industry	Food products, beverages and tobacco	Textiles, textile products, leather and footwear	Wood, paper, paper products, printing and publishing	Chemicals and non-metallic mineral products	Basic metals and fabricated metal products	Machinery and equipment, nec	Electrical and optical equipment	Transport equipment	Manufacturing, nec, recycling
Czech Republic	0,58	0,55	1,12	0,72	1,18	0,91	1,00	1,80	1,03
Estonia	1,90	1,11	4,14	0,73	1,06	0,46	0,78	0,27	1,97
Hungary	0,76	0,30	0,59	0,84	0,66	0,70	1,81	1,33	0,33
Poland	1,49	0,86	1,26	0,82	1,08	0,81	0,57	1,55	1,68
Slovak Republic	0,68	0,58	1,25	0,72	1,43	0,65	1,05	1,68	0,78
Slovenia	0,60	0,77	1,68	1,06	1,48	1,34	0,58	1,07	0,76
Latvia	2,13	1,48	7,93	0,38	1,34	0,25	0,18	0,19	1,68
Lithuania	2,43	0,78	1,78	2,04	0,43	0,26	0,22	0,30	1,88
Romania	0,50	2,23	1,09	0,85	1,44	0,82	0,65	1,11	1,32

Indicator	Revealed Comparative Advantage based on domestic value added embodied in gross exports, manufacturing goods								
Country/Industry	Food products, beverages and tobacco	Textiles, textile products, leather and footwear	Wood, paper, paper products, printing and publishing	Chemicals and non-metallic mineral products	Basic metals and fabricated metal products	Machinery and equipment, nec	Electrical and optical equipment	Transport equipment	Manufacturing, nec, recycling
Czech Republic	0,67	0,53	1,24	0,84	1,28	1,02	0,73	1,70	1,15
Estonia	1,83	1,08	3,85	0,76	0,90	0,43	0,77	0,29	1,87
Hungary	0,86	0,31	0,62	1,04	0,67	0,70	1,70	1,26	0,37
Poland	1,53	0,82	1,24	0,85	1,05	0,79	0,60	1,39	1,71
Slovak Republic	0,84	0,58	1,51	0,74	1,67	0,64	0,97	1,38	0,91
Slovenia	0,63	0,68	1,58	1,19	1,42	1,26	0,62	0,92	0,80
Latvia	1,96	1,40	7,57	0,38	1,11	0,21	0,14	0,16	1,58
Lithuania	2,83	0,88	2,14	1,40	0,48	0,31	0,30	0,39	2,36
Romania	0,51	2,05	1,09	0,85	1,34	0,78	0,71	1,14	1,37

Quelle: OECD-WTO Trade in Value Added (TiVA) - May 2013

Nach STEHRER/STÖLLINGER (2015) besteht eine empirische Evidenz, dass zahlreiche mitteleuropäische Länder in Osteuropa Teil einer Wertschöpfungskette Deutschland-Mitteuropa sind. Im Verarbeitenden Gewerbe wird der deutsche Kern ergänzt durch Österreich und die vier Visegrad-Länder Tschechien, Slowakische Republik, Ungarn und Polen. Hierbei spielen in den westlichen EU-Kernländern bzw. Osteuropa auch bestimmte Industrien eine wichtige Rolle. Die genannten Länder sind mit Blick auf die beobachtbare Aufspaltungsstruktur der Wertschöpfungsketten bzw. das regionale Clustering durchaus verschieden von anderen EU-Ländern. Dabei geraten einige dieser mit Deutschland und Österreich stark verbundenen osteuropäischen Länder auch erkennbar in eine erhebliche Abhängigkeit von der Wirtschaftsentwicklung Deutschlands und Österreichs. Zum Einfluss regionaler Clusterstrukturen liegen auch für die Sektoren Automobilindustrie und Informations- und Kommunikationstechnologie Studien vor (PERRET, 2013; EMONS, 2015), die u.a. zeigen, dass auf Basis von Patentdaten die Vernetzungsintensität in osteuropäischen Regionen in der Autoindustrie gegenüber westeuropäischen Regionen relativ gering ist. Die Annahme, dass inländische Firmen über einen gleichen oder gleichwertigen Zugang zu Technologien verfügen wie die Tochterfirmen von westeuropäischen Unternehmen kann von daher verworfen werden, was die Brauchbarkeit des Heckscher-Ohlin-Modells für die Erklärung der internationalen Arbeitsteilung in West- und Osteuropa teilweise in Frage stellt (WELFENS, 2012a).

Was die Struktur der Direktinvestitionen in Osteuropa angeht, so finden sich nach (KINOSHITA/CAMPOS, 2004) in der frühen Transformationsphase eher marktsuchende Direktinvestitionen in osteuropäischen Transformationsländern, nach 1995 sind stärker exportorientierte effizienzsuchende Direktinvestitionen in den meisten osteuropäischen Beitrittsländern relevant. Allerdings ist Polen teilweise wohl ein Sonderfall, denn das Land hat einen relativ großen Inlandsmarkt, um immer wieder auch marktsuchende Direktinvestitionszuflüsse anzuziehen. Im Gefolge von Direktinvestoren aus Westeuropa und den USA sowie aus Korea und Japan hat Polen von daher eine hohe Attraktivität, da das Land sich sowohl für Produktionen mit Einbindung in westeuropäisch dominierte Wertschöpfungsketten anbietet als auch als interessanter Standort für einige Investoren, die in der Markterschließung Polens selbst ein hochrangiges Ziel anziehen.

3. Migrationsaspekte, Beschäftigung, Bruttonational-einkommen

In Sachen Migration hat man in einigen westlichen EU-Ländern eine erhebliche Zuwanderung aus Osteuropa befürchtet und so haben die alten EU-Länder mit Ausnahme von Großbritannien, Irland und Schweden bis zu sieben Jahren Übergangsfrist bei der Arbeitnehmer-Freizügigkeit für sich beansprucht. Für eine solche Frist sprach die Ausgangssituation von z.T. hohen Arbeitslosenquoten in westlichen EU-Ländern zu Beginn des 21. Jahrhunderts und eine entsprechende Furcht, dass durch massive Zuwanderung vor allem die Löhne der Geringqualifizierten weiter unter Druck kämen bzw. die Arbeitslosenquote der Ungelernten stark ansteigen könnte. Großbritannien, Irland und Schweden, die geringe Arbeitslosenquoten aufwiesen, zogen angesichts der Zuwanderungsbegrenzung anderer EU-Länder – meist für sieben Jahre – relativ viele Immigranten aus Osteuropa an. In der Spitze wanderten 1,9 bzw. 1,2% der Erwerbstätigen von Litauen bzw. Polen bis Ende 2006 in andere EU-Länder aus, wobei in einigen westeuropäischen EU-Ländern – insbesondere auch Großbritannien – relativ hohe Zuwanderungszahlen festzustellen waren; in Österreich auch eine erhebliche Zahl von Selbständigen aus osteuropäischen Beitrittsländern, wobei die Zunahme der Bevölkerung Österreichs durch Zuwanderung aus Osteuropa nur 0,16% der Erwerbsbevölkerung ausmachte (BARRELL/FITZGERALD/RILEY, 2010).

Ein Teil der Zuwanderung erwies sich allerdings auch als temporär, wobei Rückwanderer, dank ihrer Auslandserfahrung und Learning-by-doing, oft über eine höhere Produktivität verfügten als der Durchschnitt der Mitbürger im ursprünglichen Auswandererland (BARRELL/FITZGERALD/RILEY, 2010): Während bei der Auswanderung aus osteuropäischen Ländern dort die Haupteffekte Sinken der Arbeitslosenquote, Lohnanstieg, Sinken des realen Bruttoinlandsproduktes und kurz darauf Erhöhung des Bruttonationaleinkommens dank Gastarbeiter-Überweisungen lautete – waren Haupteffekte im Zuwanderungsland: Erhöhung des Bruttoinlandsproduktes, temporäres Sinken der Löhne der Ungelernten infolge Zuwanderer Konkurrenz –, wobei längerfristig im Kontext der Rückwanderung der Effekt vor allem ein Anstieg des

Bruttoinlandsproduktes im Heimkehrland ist, und wegen der positiven Produktivitätseffekte der Rückwanderer; in diesem Fall ergibt sich auch ein Inflationsdämpfungseffekt. In einigen europäischen Zuwandererländern gab es 2014 eine heftige Debatte um die Zuwanderer aus EU-Partnerländern, vor allem in Großbritannien, wobei die Anti-EU-Partei UKIP dort die Europawahlen gewann. Dabei wird allerdings übersehen, dass die Zuwanderer auch in einem hohen Maße als Unternehmensgründer auftreten und dabei im Vereinigten Königreich für ca. 7,1 Millionen Jobs stehen. In Deutschland zeigen die Zahlen, dass die Zuwanderer bei der Gründungsquote von Unternehmen höher stehen als Einheimische, wobei allerdings auch die Überlebensrate der Zuwanderer-Gründungen etwas geringer als die der inländischen Vergleichsgruppe ist (KfW, 2014).

Interessanterweise gibt es auch innerhalb der Gruppe der osteuropäischen EU-Länder schon Netto-Zuwandererländer, wobei sich eine Intra-EU-Migration in Osteuropa zeigt. Diese reflektiert die zum Teil erheblichen Einkommensunterschiede; der realwirtschaftliche Konvergenzprozess innerhalb der osteuropäischen EU-Beitrittsregion vollzieht sich nur langsam.

3.1 Institutionelle Anpassungsdynamik in den osteuropäischen Beitrittsländern

Schon im Vorfeld des EU-Beitritts hat in den Beitrittsländern eine institutionelle Modernisierung und in der Regel auch eine breite Privatisierung stattgefunden; zugleich wurde die Rolle der Wettbewerbspolitik gestärkt (EBRD, laufende Jahrgänge). Allerdings zeigen sich hier und bei der Unternehmensführung bzw. bei Restrukturierungen noch Lücken gegenüber dem Standard industrialisierter Marktwirtschaften (Indikator 4+) auch in 2014. Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Slowakische Republik und Slowenien waren 2014 bei der Wettbewerbspolitik noch im Bereich 3-/3+, so dass hier noch Verbesserungen der Allokationseffizienz und mehr Diffusions- und Innovationsdynamik möglich sein sollten.

Tabelle 8: Country-level transition indicators 2014

	Enterprises			Markets and trade		
	Large-scale privatisation	Small-scale privatisation	Governance and enterprise restructuring	Price liberalisation	Trade and foreign exchange system	Competition policy
Bulgaria	4	4	3-	4+	4+	3
Croatia	4-	4+	3+	4	4+	3+
Estonia	4	4+	4-	4+	4+	4-
Hungary	4	4+	4-	4	4	3+
Latvia	4-	4+	3+	4+	4+	4-
Lithuania	4	4+	3	4+	4+	4-
Poland	4-	4+	4-	4+	4+	4-
Romania	4-	4-	3-	4+	4+	3+
Slovak Republic	4	4+	4-	4+	4	3+
Slovenia	3	4+	3	4	4+	3-

Quelle: EBRD (2014) Transition Report 2014

Note: The transition indicators range from 1 to 4+, with 1 representing little or no change relative to a rigid centrally planned economy and 4+ representing the standards of an industrialised market economy. for a detailed breakdown of each of the areas of reform, see the methodological notes in the online version of this Transition Report (tr.ebrd.com). upward and downward arrows indicate one-notch upgrades and downgrades relative to the previous year.

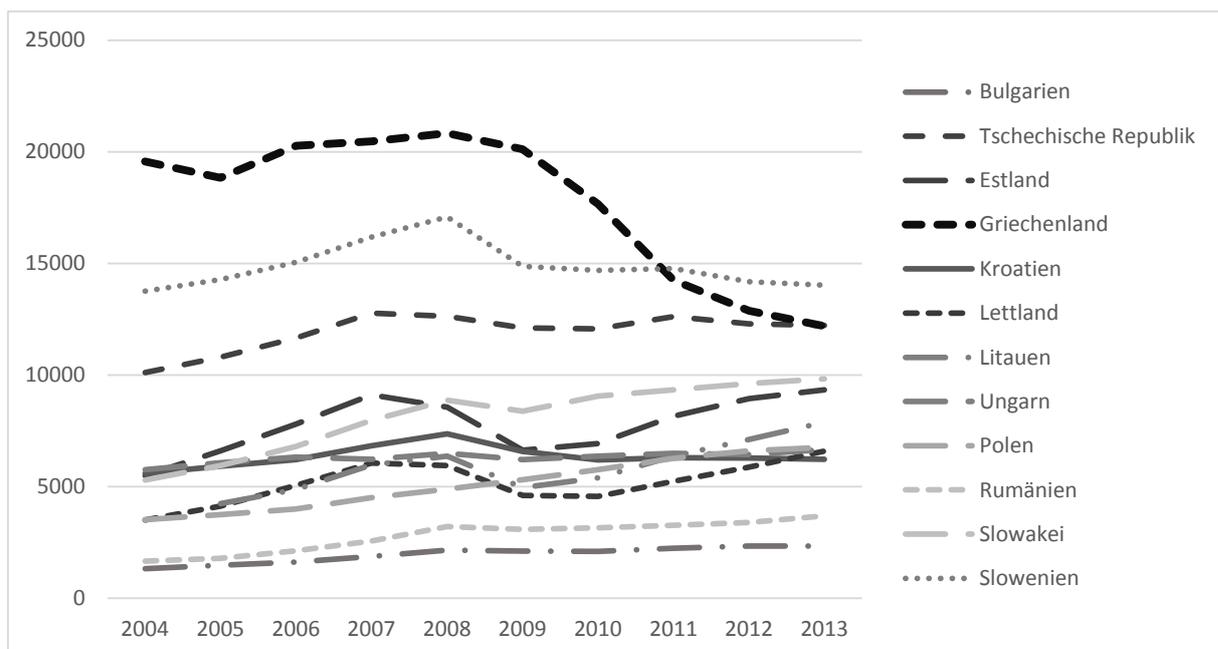
Der Ausbau der Infrastruktur – Richtung Westeuropa – spielte in fast allen Beitrittsländern eine wichtige Rolle. Gemäß der Logik des Heckscher-Ohlin-Samuelson-Ansatzes sahen sich die osteuropäischen EU-Länder mit einem erheblichen Strukturwandel konfrontiert und haben sich anfänglich verstärkt auf arbeits- und energieintensive Güterproduktion hin spezialisiert; der Strukturwandel ging im Übrigen einher mit starker Expansion des Dienstleistungssektors bei späterer Expansion des Industriesektors. Dabei haben einige osteuropäische Länder auch hohe Direktinvestitionszuflüsse anziehen können, was die Kapitalintensität tendenziell verstärkt ansteigen ließ und auch Technologietransfereffekte mitbrachte. Deutschland als größter EU-Exporteur von Maschinen und Anlagen hat hiervon naturgemäß besonders profitiert. BEVAN/ESTRIN (2004) fanden bei den Direktinvestitionszuflüssen in Osteuropa einen Einfluss der relativen Lohnstückkosten, von Gravitationsfaktoren, Marktgrößen-Effekten und Nähe zu großen Produktions- und Absatzländern.

Von der Expansion der EU-15-Länder haben osteuropäische EU-Beitrittsländer erheblich profitiert, soweit sich zahlreiche Firmen mit Vorprodukten über westeuropäische Firmen einen hochwertigen Zugang zum Weltmarkt sichern konnten. Polen hat aufgrund seines großen und wachsenden Inlandsmarktes bzw. 38 Mio. Einwohnern einen gewissen Sonderstatus, zumal sich hier das einzige größere EU-Land findet, das durch das Jahr der Großen Rezession in den westlichen OECD-Ländern, nämlich 2009 – unmittelbar nach dem Konkurs der US-Investment Bank Lehman Brothers am 15.9.2008 – ohne Rezession gelangt ist. Durch den Schock der Transatlantischen Bankenkrise, die zu einem massiven Ansteigen der Risikoprämien auf den internationalen Kapitalmärkten geführt hat, sind starke Änderungen der Kapitalflüsse nach Osteuropa im Zeitraum 2007-09 entstanden: Der Rückgang relativ zum Bruttoinlandsprodukt betrug im Durchschnitt 10 Prozentpunkte und bei den Baltischen Staaten kam es gar zu Nettokapitalabflüssen. BECKER ET AL. (2010) sehen einen Hauptgrund für die Abflüsse bzw. den Rückgang an Zuflüssen im genannten Zeitraum darin, dass bezüglich der Nicht-Euro-Länder eine Wahrnehmung großer potenzieller Systemrisiken einsetzte. Im Übrigen litt Ungarn deutlich unter seiner relativ hohen Staatsschuldenquote. In Polen und Ungarn kam es zu einer Verstaatlichung junger privater Alterssicherungsfonds, wobei die Überführung der Kapitalanteile der entsprechenden privaten Firmen seitens der EU-Kommission als Staatsschulden mindernd eingeordnet wurde – eine sehr fragwürdige Vorgehensweise sowohl aus ordnungspolitischer wie stabilitätspolitischer Sicht. Die Slowakische Republik erwies sich erst relativ spät als reform- und dann auch wachstumsstark: Dabei entwickelte man mit einem anfänglich einheitlich bei 19% als Steuersatz (inkl. Mehrwertsteuer) aufsetzenden neuen Steuersystem einen einfachen, transparenten und investor- bzw. wachstumsfreundlichen Ansatz.

Die zentraleuropäischen EU-Länder konnten in Sachen Kapitalzuflüsse sowohl Direktinvestitionen wie Portfolioinvestitionen anziehen, während sich die baltischen Länder – aber auch solche auf dem Balkan – vor allem auf internationale Bankkredite

stützten (BECKER/EGGER/EHRLICH, 2010). Da die meisten osteuropäischen Länder große Teile des Bankensektors an ausländische Banken aus den USA und Westeuropa veräußert hatten, drohte nach der Transatlantischen Bankenkrise 2008/09 nicht nur ein starker Abfluss von ausländischem Kapital, sondern in großen Teilen Osteuropas auch eine Kreditklemme. Mit der Wiener Initiative westlicher Großbanken sorgte man allerdings für länderbezogene Stabilisierungszusagen dieser Banken und dies trug tatsächlich zur makroökonomischen Stabilisierung dieser Länder bzw. der entsprechenden Banksysteme bei (HAAS ET AL., 2012). Was die Entwicklung des Pro-Kopf-Inlandsproduktes angeht, so sieht man, dass einige osteuropäische Länder einen langfristig erfolgreichen Aufholprozess realisiert haben – Griechenland hingegen ist im Zuge der Euro-Krise auf das Einkommensniveau Tschechiens gefallen und liegt unter Kroatien. Was die technologische Spezialisierung angeht, so haben insbesondere Ungarn und Tschechien bei technologie- und wissensintensiven Gütern Fortschritte gemacht, weniger deutlich ist dies bei Polen (Anhang).

Abbildung 1: Reales BIP pro Kopf (zu konstanten 2010 Euro-Preisen), KKP(EU28 =1)



Quelle: Eurostat

4. Euro-Perspektiven

Für osteuropäische Länder stellt sich grundsätzlich auch die Frage nach einer Mitgliedschaft in der Eurozone, wobei die Erfüllung der Konvergenzkriterien die notwendige Voraussetzung ist. Positive Konvergenzberichte der EZB und der Europäischen Kommission sind die Grundlage einer Entscheidung für eine Mitgliedschaft in der Eurozone – vorausgesetzt, dass ein entsprechender Wille des Kandidatenlandes vorhanden ist. Für einige osteuropäische Beitrittsländer ist eine hinreichende Konvergenz gegeben bzw. absehbar, so dass eine Mitgliedschaft in der Eurozone mittelfristig

realisierbar sein könnte. Natürlich ist man in osteuropäischen EU-Ländern in Sachen Beitritt nach dem Start der Eurokrise in 2010 eher skeptisch geworden, wobei das größte dieser Länder, Polen, kaum vor 2020 eine Mitgliedschaft realisieren dürfte. Solange man eine eigene Währung hat, kann bei drohenden Rezessionsphasen gegebenenfalls von der Zentralbank eine Währungsabwertung im Interesse eines höheren Netto-Exportes realisiert werden. Die Abwertungsoption entfällt allerdings mit dem Euro-Start. Die osteuropäischen EU-Länder haben teilweise durchaus eine gute Basis, um die Konvergenzkriterien zu erfüllen, allerdings gibt es auch einige kritische Fragen im Bereich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit (JERGER, 2008) – ganz von der Frage abgesehen, ob der politische Wille hinreichend stark ist.

Durch die Eurokrise 2010-14 hat sich die Attraktivität der Eurozone zunächst einmal vermindert, die sonderbare Dauer-Griechenlandkrise ist auch wenig angetan, dass zahlreiche osteuropäische EU-Länder rasch in die Eurozone möchten. Seit dem Beschluss einer IWF-Quotenaufstockung – diese hängt allerdings wegen fehlender US-Zustimmung einstweilen – ist man auf Seiten von Finanzministerien und Zentralbanken osteuropäischer EU-Länder ernstlich besorgt über den Kurs zur Überwindung der Eurokrise bei den Euro-Ländern. Die hohen Beträge, mit denen der IWF in der Eurokrise engagiert ist, stehen selbst bei Nicht-Euro-Ländern für ein faktisches Fiskalrisiko der osteuropäischen EU-Länder.

Was die Mitgliedschaft in der Eurozone anging, so war die Reihenfolge des Beitritts zur Eurozone wie folgt: Slowenien (2007), Slowakische Republik (2009), Estland (2011), Lettland (2014), Litauen (2015). Die betreffenden Länder geben natürlich ihre geldpolitische Autonomie auf, allerdings sind diese Länder offenbar durch hinreichend flexible Märkte gekennzeichnet, da die Europäische Kommission in ihrer Prognose im Frühjahr 2015 für 2015/2016 positive Wachstumsraten erwartet. Der Konvergenzbericht der Europäischen Kommission (2014) gibt zu allen Ländern der EU Details bei den Makro- und Fiskalvariablen, der Konvergenzbericht der EZB (2014) fokussiert auf die kritischen Konvergenzvariablen für den Eintritt in die Eurozone, also die Inflationsrate, den Zinssatz, die Defizitquote und die Schuldenquote der Nicht-Euro-Länder.

Die bisherigen Euro-Länder und der Europäische Rat entscheiden, auf Basis einer EZB-Stellungnahme zum jeweiligen Kandidatenland, über den tatsächlichen Beitritt. Wie man den nachfolgenden Tabellen entnehmen kann, sind die Inflationsraten 2013 durchweg niedrig gewesen, was als Tendenz auch 2015/2016 anzunehmen ist. Die fortgesetzte Griechenland-Krise vermindert den Anreiz für osteuropäische EU-Länder, dem Euro-Raum beizutreten.

Tabelle 9: a) Pro-Kopf-Einkommen (KKP), b) Arbeitslosenquote, c) Inflationsrate, d) Exportquote, e) Leistungsbilanzquote, f) Defizitquote, g) Schuldenquote, h) langfristiger Zins der osteuropäischen EU-Beitrittsländer, Deutschlands, Österreichs und der EU 1991, 1995, 2000, 2005, 2010, 2014

	GeoTime	1995	2000	2005	2010	2013		1995	2000	2005	2010	2013
a) Pro-Kopf-Einkommen (KKP)	Europäische Union	15.100	19.600	23.200	25.300	26.600	b) Arbeitslosenquote	8,9	9,0	9,6	10,8	
	Bulgarien	5.100	5.600	8.300	11.000	11.900		12,0	16,4	10,1	10,3	13,0
	Tschechische Republik	11.500	14.100	18.600	20.600	21.900		4,1	8,8	7,9	7,3	7,0
	Deutschland	19.300	23.100	26.900	30.200	32.600		8,2	7,9	11,2	7,0	5,2
	Estland		8.400	13.800	16.100	19.500		9,5	14,6	8,0	16,7	8,6
	Kroatien		9.600	13.400	14.900	16.100		15,8	13,0	12,3	17,3	
	Zypern	13.800	18.000	22.900	25.900	23.600		2,6	4,8	5,3	6,3	15,9
	Lettland	5.000	7.000	11.800	13.500	17.000		18,9	14,3	10,0	19,5	11,9
	Litauen			12.300	15.300	19.400		6,8	16,4	8,3	17,8	11,8
	Ungarn	7.600	10.500	14.400	16.400	17.600		10,1	6,3	7,2	11,2	10,2
	Malta	13.000	16.600	18.800	21.800	23.000		5,0	6,7	6,9	6,9	6,4
	Österreich	19.900	25.700	29.000	31.900	34.000		3,9	3,6	5,2	4,4	4,9
	Polen	6.400	9.200	11.600	15.600	17.900		13,2	16,1	17,9	9,7	10,3
	Rumänien	4.800	5.000	8.000	12.600	14.500		7,0	7,6	7,1	7,0	7,1
	Slowenien	11.100	15.500	20.000	21.000	21.800		6,9	6,7	6,5	7,3	10,1
Slowakei	7.100	9.700	13.800	18.500	20.000	13,3	18,9	16,4	14,5	14,2		
c) Inflation	Europäische Union	4,27	3,16	2,48	1,67	1,39	d) Exportquote	28,732	34,286	35,228	37,827	41,521
	Bulgarien	62,05	10,32	5,04	2,44	0,89		51,921	35,926	43,355	55,140	68,393
	Tschechische Republik	9,17	3,90	1,85	1,41	1,43		40,561	48,330	62,315	66,177	77,204
	Deutschland	1,72	1,47	1,55	1,10	1,50		22,016	30,873	37,788	42,296	45,565
	Estland	28,78	4,03	4,09	2,98	2,79		49,601	61,638	65,918	75,124	86,084
	Kroatien	3,95	4,61	3,32	1,04	2,21		27,612	36,505	39,296	37,737	42,944
	Zypern	2,62	4,14	2,56	2,38	-0,40		50,013	55,358	48,319	40,115	
	Lettland	24,98	2,65	6,74	-1,09	0,00		42,673	41,642	47,849	53,812	
	Litauen	39,66	1,01	2,64	1,33	1,08		47,412	44,747	57,261	67,824	
	Ungarn	28,30	9,78	3,55	4,88	1,73		39,209	66,895	63,153	82,623	88,761
	Malta	4,43	2,37	3,01	1,52	1,37		83,083	90,557	76,814	88,184	
	Österreich	2,25	2,40	2,30	1,81	2,00		33,614	43,430	48,631	50,695	53,466
	Polen	28,07	10,06	2,11	2,71	1,03		23,300	27,241	34,924	40,470	46,108
	Rumänien	32,24	45,67	8,99	6,09	3,99		27,616	32,833	33,083	35,421	41,982
	Slowenien	13,46	8,88	2,48	1,84	1,76		45,607	50,006	59,580	64,324	74,691
Slowakei	9,89	12,04	2,71	0,96	1,40	56,685	54,075	72,070	76,492	92,953		

	1995	2000	2005	2010	2013		1995	2000	2005	2010	2013	
e) Leistungsbilanzquote	Europäische Union				108,8	173,2					-6,4	-3,2
	Bulgarien	0,0	0,5	0,8	1,9	2,1		-0,5	1,0	-3,2	-1,2	
	Tschechische Republik	1,4	1,5	1,3	3,0	2,0	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-1,3	
	Deutschland	-35,0	-59,7	-39,3	-16,1	-13,1	-9,3	1,0	-3,3	-4,1	0,1	
	Estland	0,3	0,6	0,8	1,3	1,2				0,2	-0,5	
	Kroatien	:	0,0	5,3	6,1	6,8			-3,7	-6,0	-5,2	
	Zypern	1,4	2,2	3,1	3,6	3,3	-0,8	-2,2	-2,2	-4,8	-4,9	
	Lettland	0,4	0,5	0,5	1,1	1,7	-1,4	-2,8	-0,4	-8,2	-0,9	
	Litauen	0,0	0,4	0,8	0,8	1,6			-0,5	-6,9	-2,6	
	Ungarn	1,3	1,2	1,2	2,9	3,5	-8,7	-3,0	-7,9	-4,5	-2,4	
	Malta	0,2	0,4	0,6	1,2	1,4	-3,5	-5,5	-2,7	-3,3	-2,7	
	Österreich	3,9	7,1	9,4	13,2	15,4	-6,2	-2,1	-2,5	-4,5	-1,5	
	Polen	2,7	1,5	0,6	2,3	5,3	-4,2	-3,0	-4,0	-7,6	-4,0	
	Rumänien	-0,2	-0,3	-0,3	0,4	2,7	-2,0	-4,7	-1,2	-6,6	-2,2	
	Slowenien	0,4	0,5	0,9	1,3	2,0	-8,2	-3,6	-1,5	-5,7	-14,6	
Slowakei	0,4	0,5	0,3	-0,7	0,1	-3,3	-12,1	-2,9	-7,5	-2,6		
g) Defizitquote	Europäische Union				78,2	85,4			3,7	3,7	2,8	
	Bulgarien		70,1	27,1	15,9	18,3			3,9	6,0	3,5	
	Tschechische Republik	13,6	17,0	28,0	38,2	45,7			3,5	3,9	2,1	
	Deutschland	54,6	58,7	66,8	80,3	76,9	6,9	5,3	3,4	2,7	1,6	
	Estland				6,5	10,1		10,5	4,2	5,9		
	Kroatien			38,6	52,8	75,7				6,3	4,7	
	Zypern	47,9	55,2	63,3	56,5	102,2		7,6	5,2	4,6	6,5	
	Lettland	13,9	12,2	11,7	46,8	38,2			3,9	10,3	3,3	
	Litauen		23,8	18,3	36,3	39,0			3,7	5,6	3,8	
	Ungarn	84,5	55,2	60,8	80,9	77,3		8,6	6,6	7,3	5,9	
	Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	69,8		5,8	4,6	4,2	3,4	
	Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	81,2	7,1	5,6	3,4	3,2	2,0	
	Polen	47,6	36,5	46,7	53,6	55,7		11,8	5,2	5,8	4,0	
	Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	37,9				7,3	5,4	
	Slowenien	18,3	25,9	26,3	37,9	70,4			3,8	3,8	5,8	
Slowakei	21,7	49,6	33,8	41,1	54,6		8,3	3,5	3,9	3,2		

Quelle: Eurostat und Weltbank

5. Perspektiven

Die osteuropäischen EU-Länder haben teilweise einen recht erfolgreichen ökonomischen Konvergenzprozess gegenüber Westeuropa bzw. den EU15-Ländern erreicht. Das gilt eher weniger für Bulgarien und Rumänien, wobei diese wiederum seit 2014 von der

allgemeinen Freizügigkeit profitieren – die westlichen EU-Partner hatten Übergangsfristen in Sachen Arbeitskräftemobilität genutzt. Polen hat es geschafft, als eines der ganz wenigen Länder in Europa ohne Rezession durch die Bankenkrise 2008/09 zu kommen, was auf eine hinreichend hohe interne Wirtschaftsdynamik und erhebliche Anpassungsflexibilität hinweist. Die EU-Osterweiterung hatte als außenpolitisches Verbindungselement die EU-Nachbarschaftspolitik, die insbesondere auch Länder wie die Ukraine, Weißrussland und Russland selbst umfassten. Im Kontext der Ukraine-Krise Ende 2013, als die vorgesehene Vertragsunterzeichnung der EU mit der Ukraine für ein Freihandelsabkommen von Seiten der Ukraine – offenbar auf Druck von Russland hin – abgesagt wurde, ist allgemein sichtbar geworden, dass die EU-Osterweiterung keine vernünftige Flankierungspolitik mit Blick auf die Ukraine und Russland hatte. Mit der Krim-Krise 2014 und den bürgerkriegsartigen Konflikten im Osten der Ukraine ist auch deutlich geworden, dass man eine vernünftige Verfassungsreform in der Ukraine seit Jahren verpasst hat; trotz einer gewissen Unterstützung durch die Venedig-Expertengruppe von Juristen aus dem Europarat.

Ökonomisch kann man die EU-Osterweiterung als einen allmählichen Erfolgsprozess ansehen, bei dem nationale Reformmaßnahmen und die Binnenmarktdynamik in der EU zu Modernisierung und Wachstum beitragen. Geographisch hat die EU-Osterweiterung die EU natürlich näher an Russland herangebracht, ohne dass man etwa im EU-Parlament mit einer Erhöhung von Verteidigungsausgaben im Vorfeld hätte reagieren können. Die bestehende vertikale politische Arbeitsteilung in der EU ließ dies gar nicht zu. Drohender zunehmender Schwerfälligkeit der EU in der Politik eben einer zahlenmäßig deutlich vergrößerten Ländergruppe ist man durch den Kompromiss beim Nizza-Gipfel und die Vorgabe einer doppelten Mehrheit – bei Ländern und Bevölkerungszahl – entgegen getreten; eine gewisse Handlungsfähigkeit der EU bleibt so gewahrt. Aber die EU leidet unter einer institutionellen Euro-Schwäche, da die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Eurozone erkennbar kaum durchgesetzt werden und ein politischer Defizitbetrag wie bei der Regierung Griechenlands im Wahljahr 2009 - 4% Defizitquote gegenüber der Kommission angekündigt, 15,6% Ist-Wert – durchaus für die Zukunft durch die bis 2014 ergriffenen Reformen nicht auszuschließen ist.

Notwendig wäre hier zunächst die Einführung einer gemeinsamen Budgetsoftware in allen EU- bzw. Euro-Ländern, und zwar in Verbindung mit der Möglichkeit, dass die Kommission jederzeit digital in die Budgetumsetzung von EU-Ländern Einblick nehmen könnte. Dringend auf der Agenda bleibt auch die Herausforderung, dass man die Rechtsstaatlichkeit stärkt bzw. vernünftiges Regieren auf Ebene der EU-Länder stärkt, wobei hier das Zurückdrängen von Korruption eine wichtige Aufgabe ist. Auf Seiten der EU-15-Länder täte man gut daran, eine verstärkte Integrationspolitik bei Zuwanderern aus osteuropäischen Ländern umzusetzen; hier aber ist die britische Regierung Cameron, zumal nach der Wiederwahl Camerons mit absoluter Mehrheit in 2015, nicht willens auch nur die Zuwanderungsfreiheit im EU-Binnenmarkt langfristig zu akzeptieren; vielmehr soll, geht es nach Camerons Plänen, der Zugang zu Sozialleistungen bei Zuwanderern künftig erschwert werden – auch für solche aus anderen EU-Ländern – und möglicherweise auch eine Beschränkung der Zuwanderung aus EU-Ländern überhaupt zu erreichen. Dies jedenfalls sind offenbar die relevanten Politikpunkte der britischen Regierung im Vorfeld des geplanten EU-Referendums in 2016/2017.

Alle osteuropäischen EU-Länder sind dringend an einer Überwindung der Eurokrise einerseits interessiert und auch an mehr EU-Binnenmarktdynamik sowie an Nutzen aus der von der neuen Juncker-Kommission geplanten Infrastrukturprogrammen. In Sachen mehr Wachstumsdynamik andererseits gibt es neben eigenständigen nationalen Reformmaßnahmen solche, die sich vor dem Hintergrund einer mittelfristig verschärften transatlantischen Konkurrenz im Kontext der geplanten Realisierung eines Transatlantischen Freihandelsabkommens („TTIP“ in der US-Abkürzung) ergeben könnten. Wenn etwa bei TTIP nichttarifäre Handelsbarrieren um 25% gesenkt werden sollten, so kann dies wegen des hohen bestehenden Schutzgrades beim EU-Dienstleistungshandel im EU-Binnenmarkt dann faktisch auch einen indirekten Abbau von Intra-EU-Barrieren und damit Impulse für mehr Intra- und Extra-Dienstleistungshandel haben dürften (WELFENS/KORUS/IWARAN, 2014). Von Seiten der osteuropäischen Regierungen hat nur jene Tschechiens eine eigene nationale TTIP-Analyse erstellen lassen – sie zeigt im Übrigen einen geringen Expansionseffekt für Tschechien.

Die EU-Osterweiterung war ein sehr großer Erweiterungsschritt. Mit einem Mini-Budget von 1% des Bruttoinlandsproduktes bei der EU in Brüssel ist die Europäische Union nicht wirklich handlungsfähig. Der Verweis auf das Subsidiaritätsprinzip ist hier einigermaßen irreführend, denn die bislang geringe Intensität des politischen Wettbewerbs in der EU – sichtbar an bis zur Europa-Wahl 2014 permanent sinkenden Wahlbeteiligungen – ist gerade ein Problem, das mit dem Mini-Budget verbunden ist. Nach Untersuchungen der Forschungsgruppe Wahlen haben etwa deutsche Wähler keine Vorstellung darüber, ganz im Gegensatz zu nationalen Wahlen, um welche politischen Arbeitsfelder es bei Europa-Wahlen überhaupt geht, was emotionalisierte Stimmabgabe begünstigt: häufig auch zugunsten kleiner radikaler Parteien, die dann mit ihren Wahlkampfkostenerstattungen aus Brüssel anschließend mit größeren Chancen in die nationalen Wahlkämpfe gehen; auch steht das Minibudget der EU im Gegensatz zur Theorie des fiskalischen Föderalismus und wenn man sieht, dass etwa in 2013 in den USA 9% des Bruttoinlandsproduktes für Staatsverbrauch auf der Bundesebene verausgabt wurden – plus 11% für Sozialausgaben - dann sieht man sehr schnell, wie unzureichend die vertikale politische Arbeitsteilung in der EU28 ist. Mit größerer EU-Mitgliederzahl gibt es sicherlich auf der Brüsseler Politikebene Rationalisierungsreserven für den Fall einer sinnvollen EU-Budgetexpansion; etwa bei Verteidigungsausgaben, Ausgaben für grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte und auch bei einem Teil der Sozialausgaben.

Aus Sicht der osteuropäischen EU-Länder sind mit Blick auf die Migrationsströme oder auch Rechte von Kindern aus Familien, deren Eltern in EU-Partnerländern arbeiten, die Rechtsgrundlagen für Zuwanderer auf EU-Ebene stärker zu präzisieren, damit durch eine EU-Direktive zumindest verbesserte kompatible Rahmenbedingungen in den EU-Ländern im Bereich Zuwanderung gesichert werden. Die EU-Osterweiterung war ökonomisch mit Blick auf die Erfahrungen der ersten Dekade weitgehend ein erfolgreiches Projekt, allerdings ohne vernünftige Flankierung in der EU-Nachbarschaftspolitik. Während die EU in Sachen TTIP mit den USA ein Projekt zur Handelsliberalisierung hat, ist ein entsprechender Fokus bei Asien nur ansatzweise erkennbar – die EU liegt hier gegenüber den USA mit ihrem Trans-Pacific Partnership-Projekt deutlich zurück. Mit der EU-Osterweiterung ist die EU sicherheitspolitisch stärker denn je auf US-Unterstützung in der Nato angewiesen, der Einfluss der USA in der EU nimmt von daher zu.

Der Systemwettbewerb bzw. die offene Koordinierung ist in der EU bislang nur teilweise ein funktionierender Lernmechanismus – bei der faktischen Privatisierungsverweigerung aller Regierungen Griechenlands in 2009-2015 kann man nur staunend feststellen, dass die reichen Privatisierungserfahrungen aus mehr als zehn osteuropäischen EU-Ländern für die Lösung der Privatisierungsaufgaben in Griechenland offenbar bis 2014 gar nicht herangezogen wurden. Die Osteuropabank EBRD hat hier natürlich auch einzigartige Expertise anzubieten, die erst 2015 mobilisiert wird. In den osteuropäischen Ländern wird es künftig notwendig sein, gerade wegen der ökonomischen Konvergenzschritte mittelfristig stärker auf eine Erhöhung der Forschungsquote, mehr Direktinvestitionszuflüsse – relativ zum Bruttoinlandsprodukt – und mehr digitale Modernisierungsschritte sowie eine verstärkte Humankapitalakkumulation plus mehr technologieorientierte Gründerförderung zu setzen.

Literatur

- Barrell, R.; Fitzgerald, J.; Riley, R. (2010), EU Enlargement and Migration: Assessing the Macroeconomic Impacts, *Journal of Common Market Studies*, Vol. 48, 373-395.
- Becker, S.; Egger, P.; Ehrlich, M. (2010), Going NUTS: The Effects of EU Structural Funds on Regional Performance, *Journal of Public Economics*, Vol. 94, 578-590.
- Becker, T. et al. (2010), Whither growth in central and eastern Europe? Policy Lessons for an Integrated Europe, *Bruegel Blueprint 11*, Brussels.
- Bevan, A.; Estrin, S. (2004), The determinants of foreign direct investment into European transition economies, *Journal of Comparative Economics*, Vol. 32, 775-787.
- Borbely, D. (2006), *Trade Specialization in the Enlarged European Union*, Heidelberg: Physica-Verlag.
- Corruption Perceptions Index, <http://www.transparency.org/cpi2014>.
- Dreger, C.; Schüler-Zhou, Y.; Schüller, M. (2015), Determinants of Chinese Direct Investments in the European Union, *Discussion Papers 1480*.
- EBRD (2014), *Transition Report 2014*; und laufende Jahrgänge, London.
- Emons, O. (2015), *Innovations- und Spezialisierungsdynamik in der Automobilindustrie: Eine Vergleichsanalyse von europäischen Kooperations- und Innovationsnetzwerken*, Nomos: Baden-Baden.
- European Commission (2015), *Convergence Report*, Brussels.
- Eurostat, <http://ec.europa.eu/eurostat>.
- EZB (2014), *Konvergenzbericht 2014*, Frankfurt/M.
- Galar, M. (2015), Has the EU's leading position in global trade changed since the crisis?, *ECFIN Economic Brief*, Issue 39, European Commission.
- Haas, R.; Korniyenko, Y.; Loukoianova, E.; Pivovarsky, A. (2012), Foreign Banks and the Vienna Initiative: Turning Sinners into Saints, *IMF Working Paper 143*, WP/12/117.
- Jerger, J. (2008), *Die Osterweiterung der Europäischen Währungsunion*, Working paper 271, Osteuropa-Institut, Regensburg.
- Jungmittag, A.; Welfens, P.J.J. (2009), Liberalization of EU telecommunications and trade: theory, gravity equation analysis and policy implications, *International Economics and Economic Policy*, Vol. 6, 23-39.
- Keim, M. (2009), *Finanzmarktintegration in Europa: Implikationen für Stabilität und Wachstum in Sozialen Marktwirtschaften*, Stuttgart: Lucius & Lucius.
- KfW (2014), *KfW-Gründungsmonitor 2014*, KfW Research.
- Kinoshita, Y.; Campos, N. (2004), Estimating the Determinants of Foreign Direct Investment Inflows: How Important are Sampling and Omitted Variable Biases?, *BOFIT Discussion Papers*, 2004/No. 10, Bank of Finland, Helsinki.
- Kutlina, Z. (2009), *Finanzmarktentwicklung und Wirtschaftswachstum in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten*, Frankfurt: Peter Lang.
- OECD-WTO Trade in Value Added (TiVA) - May 2013.

OECD-WTO Trade in Value Added (TIVA) January 2013.

Perret, K.J. (2013), Knowledge as a Driver of Regional Growth in the Russian Federation, Springer: Heidelberg.

Stehrer, R.; Stöllinger, R. (2015), The Central European Manufacturing Core: What is Driving Regional Production Sharing, FIW Research Reports 2014/15 No. 02, Februar 2015, Wien.

Welfens, P.J.J. (2012), Die Zukunft des Euro, Berlin: Nicolai Verlag.

Welfens, P.J.J., Hg. (2011), Cluster- und Innovationsdynamik in Europa: Neue Perspektiven der Automobil- und IKT-Wirtschaft, Stuttgart: Lucius & Lucius.

Welfens, P.J.J., Hg. (2012a), Clusters in Automotive and Information & Communication Technology, Springer: Heidelberg.

Welfens, P.J.J.; Korus, A.; Irawan, T. (2014), Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen: Handels-, Wachstums- und industrielle Beschäftigungsdynamik in Deutschland, den USA und Europa, Europäische Integration und Digitale Weltwirtschaft, Band 8, Stuttgart: Lucius & Lucius.

EIIW Discussion Papers

ISSN 1430-5445:

Standing orders (usually 13 issues or more p.a.): academic rate 95 Euro p.a.; normal rate 250 Euro p.a.

Single orders: academic rate 10 Euro per copy; normal rate 20 Euro per copy.

Die Zusammenfassungen der Beiträge finden Sie im Internet unter:

The abstracts of the publications can be found in the internet under:

<http://www.eiiv.eu>

- No. 100 **Gavrilencov, E.:** Macroeconomic Situation in Russia - Growth, Investment and Capital Flows, October 2002
- No. 101 **Agata, K.:** Internet, Economic Growth and Globalization, November 2002
- No. 102 **Blind, K.; Jungmittag, A.:** Ausländische Direktinvestitionen, Importe und Innovationen im Dienstleistungsgewerbe, February 2003
- No. 103 **Welfens, P.J.J.; Kirn, T.:** Mittelstandsentwicklung, BASEL-II-Kreditmarktprobleme und Kapitalmarktperspektiven, Juli 2003
- No. 104 **Standke, K.-H.:** The Impact of International Organisations on National Science and Technology Policy and on Good Governance, March 2003
- No. 105 **Welfens, P.J.J.:** Exchange Rate Dynamics and Structural Adjustment in Europe, May 2003
- No. 106 **Welfens, P.J.J.; Jungmittag, A.; Kauffmann, A.; Schumann, Ch.:** EU Eastern Enlargement and Structural Change: Specialization Patterns in Accession Countries and Economic Dynamics in the Single Market, May 2003
- No. 107 **Welfens, P.J.J.:** Überwindung der Wirtschaftskrise in der Eurozone: Stabilitäts-, Wachstums- und Strukturpolitik, September 2003
- No. 108 **Welfens, P.J.J.:** Risk Pricing, Investment and Prudential Supervision: A Critical Evaluation of Basel II Rules, September 2003
- No. 109 **Welfens, P.J.J.; Ponder, J.K.:** Digital EU Eastern Enlargement, October 2003
- No. 110 **Addison, J.T.; Teixeira, P.:** What Have We Learned About The Employment Effects of Severance Pay? Further Iterations of Lazear et al., October 2003
- No. 111 **Gavrilencov, E.:** Diversification of the Russian Economy and Growth, October 2003
- No. 112 **Wiegert, R.:** Russia's Banking System, the Central Bank and the Exchange Rate Regime, November 2003
- No. 113 **Shi, S.:** China's Accession to WTO and its Impacts on Foreign Direct Investment, November 2003
- No. 114 **Welfens, P.J.J.:** The End of the Stability Pact: Arguments for a New Treaty, December 2003
- No. 115 **Addison, J.T.; Teixeira, P.:** The effect of worker representation on employment behaviour in Germany: another case of -2.5%, January 2004
- No. 116 **Borbély, D.:** EU Export Specialization Patterns in Selected Accession Countries, March 2004

- No. 117 **Welfens, P.J.J.:** Auf dem Weg in eine europäische Informations- und Wissensgesellschaft: Probleme, Weichenstellungen, Politikoptionen, Januar 2004
- No. 118 **Markova, E.:** Liberalisation of Telecommunications in Russia, December 2003
- No. 119 **Welfens, P.J.J.; Markova, E.:** Private and Public Financing of Infrastructure: Theory, International Experience and Policy Implications for Russia, February 2004
- No. 120 **Welfens, P.J.J.:** EU Innovation Policy: Analysis and Critique, March 2004
- No. 121 **Jungmittag, A.; Welfens, P.J.J.:** Politikberatung und empirische Wirtschaftsforschung: Entwicklungen, Probleme, Optionen für mehr Rationalität in der Wirtschaftspolitik, März 2004
- No. 122 **Borbély, D.:** Competition among Cohesion and Accession Countries: Comparative Analysis of Specialization within the EU Market, June 2004
- No. 123 **Welfens, P.J.J.:** Digitale Soziale Marktwirtschaft: Probleme und Reformoptionen im Kontext der Expansion der Informations- und Kommunikationstechnologie, Mai 2004
- No. 124 **Welfens, P.J.J.; Kauffmann, A.; Keim, M.:** Liberalization of Electricity Markets in Selected European Countries, July 2004
- No. 125 **Bartelmus, P.:** SEEA Revision: Accounting for Sustainability?, August 2004
- No. 126 **Welfens, P.J.J.; Borbély, D.:** Exchange Rate Developments and Stock Market Dynamics in Transition Countries: Theory and Empirical Analysis, November 2004
- No. 127 **Welfens, P.J.J.:** Innovations in the Digital Economy: Promotion of R&D and Growth in Open Economies, January 2005
- No. 128 **Welfens, P.J.J.:** Savings, Investment and Growth: New Approaches for Macroeconomic Modelling, February 2005
- No. 129 **Pospiezna, P.:** The application of EU Common Trade Policy in new Memberstates after Enlargement – Consequences on Russia’s Trade with Poland, March 2005
- No. 130 **Pospiezna, P.; Welfens, P.J.J.:** Economic Opening up of Russia: Establishment of new EU-RF Trade Relations in View of EU Eastern Enlargement, April 2005
- No. 131 **Welfens, P.J.J.:** Significant Market Power in Telecommunications: Theoretical and Practical Aspects, May 2005
- No. 132 **Welfens, P.J.J.:** A Quasi-Cobb Douglas Production Function with Sectoral Progress: Theory and Application to the New Economy, May 2005
- No. 133 **Jungmittag, A.; Welfens, P.J.J.:** Institutions, Telecommunications Dynamics and Policy Challenges: Theory and Empirical Analysis for Germany, May 2005
- No. 134 **Libman, A.:** Russia's Integration into the World Economy: An Interjurisdictional Competition View, June 2005
- No. 135 **Feiguine, G.:** Beitritt Russlands zur WTO – Probleme und Perspektiven, September 2005
- No. 136 **Welfens, P.J.J.:** Rational Regulatory Policy for the Digital Economy: Theory and EU Policy Options, October 2005
- No. 137 **Welfens, P.J.J.:** Schattenregulierung in der Telekommunikationswirtschaft, November 2005
- No. 138 **Borbély, D.:** Determinants of Trade Specialization in the New EU Member States, November 2005
- No. 139 **Welfens, P.J.J.:** Interdependency of Real Exchange Rate, Trade, Innovation, Structural Change and Growth, December 2005
- No. 140 **Borbély D., Welfens, P.J.J.:** Structural Change, Innovation and Growth in the Context of EU Eastern Enlargement, January 2006

- No. 141 **Schumann, Ch.:** Financing Studies: Financial Support schemes for students in selected countries, January 2006
- No. 142 **Welfens, P.J.J.:** Digitale Innovationen, Neue Märkte und Telekomregulierung, März 2006
- No. 143 **Welfens, P.J.J.:** Information and Communication Technology: Dynamics, Integration and Economic Stability, July 2006
- No. 144 **Welfens, P.J.J.:** Grundlagen rationaler Transportpolitik bei Integration, August 2006
- No. 145 **Jungmittag, A.:** Technological Specialization as a driving Force of Production Specialization, October 2006
- No. 146 **Welfens, P.J.J.:** Rational Regulatory Policy for the Digital Economy: Theory and EU-Policy Options, October 2006
- No. 147 **Welfens, P.J.J.:** Internationalization of EU ICT Industries: The Case of SAP, December 2006
- No. 148 **Welfens, P.J.J.:** Marktwirtschaftliche Perspektiven der Energiepolitik in der EU: Ziele, Probleme, Politikoptionen, Dezember 2006
- No. 149 **Vogelsang, M.:** Trade of IT Services in a Macroeconomic General Equilibrium Model, December 2006
- No. 150 **Cassel, D., Welfens, P.J.J.:** Regional Integration, Institutional Dynamics and International Competitiveness, December 2006
- No. 151 **Welfens, P.J.J., Keim, M.:** Finanzmarktintegration und Wirtschaftsentwicklung im Kontext der EU-Osterweiterung, März 2007
- No. 152 **Kutlina, Z.:** Realwirtschaftliche und monetäre Entwicklungen im Transformationsprozess ausgewählter mittel- und osteuropäischer Länder, April 2007
- No. 153 **Welfens, P.J.J.; Borbély, D.:** Structural Change, Growth and Bazaar Effects in the Single EU Market, September 2008
- No. 154 **Feiguine, G.:** Die Beziehungen zwischen Russland und der EU nach der EU-Osterweiterung: Stand und Entwicklungsperspektiven, Oktober 2008
- No. 155 **Welfens, P.J.J.:** Ungelöste Probleme der Bankenaufsicht, Oktober 2008
- No. 156 **Addison J.T.:** The Performance Effects of Unions. Codetermination, and Employee Involvement: Comparing the United States and Germany (With an Addendum on the United Kingdom), November 2008
- No. 157 **Welfens, P.J.J.:** Portfoliomodell und langfristiges Wachstum: Neue Makroperspektiven, November 2008
- No. 158 **Welfens, P.J.J.:** Growth, Structural Dynamics and EU Integration in the Context of the Lisbon Agenda, November 2008
- No. 159 **Welfens, P.J.J.:** Growth, Innovation and Natural Resources, December 2008
- No. 160 **Islami, M.:** Interdependence Between Foreign Exchange Markets and Stock Markets in Selected European Countries, December 2008
- No. 161 **Welfens, P.J.J.:** Portfolio Modelling and Growth, January 2009
- No. 162 **Bartelmus, P.:** Sustainable Development – Has It Run Its Course?, January 2009
- No. 163 **Welfens, P.J.J.:** Intégration Européenne et Mondialisation: Défis, Débats, Options, February 2009
- No. 164 **Welfens, P.J.J.:** ЭКОНОМИЧЕСКИЙ РОСТ, ИННОВАЦИИ И ПРИРОДНЫЕ РЕСУРСЫ, February 2009

- No. 165 **Welfens, P.J.J.; Vogelsang, M.:** Regulierung und Innovationsdynamik in der EU-Telekommunikationswirtschaft, February 2009
- No. 166 **Welfens, P.J.J.:** The International Banking Crisis: Lessons and EU Reforms, February 2009
- No. 167 **Schröder, C.:** Financial System and Innovations: Determinants of Early Stage Venture Capital in Europe, March 2009
- No. 168 **Welfens, P.J.J.:** Marshall-Lerner Condition and Economic Globalization, April 2009
- No. 169 **Welfens, P.J.J.:** Explaining Oil Price Dynamics, May 2009
- No. 170 **Welfens, P.J.J.; Borbély, D.:** Structural Change, Innovation and Growth in the Single EU Market, August 2009
- No. 171 **Welfens, P.J.J.:** Innovationen und Transatlantische Bankenkrise: Eine ordnungspolitische Analyse, August 2009
- No. 172 **Erdem, D.; Meyer, K.:** Natural Gas Import Dynamics and Russia's Role in the Security of Germany's Supply Strategy, December 2009
- No. 173 **Welfens P.J.J.; Perret K.J.:** Structural Change, Specialization and Growth in EU 25, January 2010
- No. 174 **Welfens P.J.J.; Perret K.J.; Erdem D.:** Global Economic Sustainability Indicator: Analysis and Policy Options for the Copenhagen Process, February 2010
- No. 175 **Welfens, P.J.J.:** Rating, Kapitalmarktssignale und Risikomanagement: Reformansätze nach der Transatlantischen Bankenkrise, Februar 2010
- No. 176 **Mahmutovic, Z.:** Patendatenbank: Implementierung und Nutzung, Juli 2010
- No. 177 **Welfens, P.J.J.:** Toward a New Concept of Universal Services: The Role of Digital Mobile Services and Network Neutrality, November 2010
- No. 178 **Perret J.K.:** A Core-Periphery Pattern in Russia – Twin Peaks or a Rat's Tail, December 2010
- No. 179 **Welfens P.J.J.:** New Open Economy Policy Perspectives: Modified Golden Rule and Hybrid Welfare, December 2010
- No. 180 **Welfens P.J.J.:** European and Global Reform Requirements for Overcoming the Banking Crisis, December 2010
- No. 181 **Szanyi, M.:** Industrial Clusters: Concepts and Empirical Evidence from East-Central Europe, December 2010
- No. 182 **Szalavetz, A.:** The Hungarian automotive sector – a comparative CEE perspective with special emphasis on structural change, December 2010
- No. 183 **Welfens, P.J.J.; Perret, K.J.; Erdem, D.:** The Hungarian ICT sector – a comparative CEE perspective with special emphasis on structural change, December 2010
- No. 184 **Lengyel, B.:** Regional clustering tendencies of the Hungarian automotive and ICT industries in the first half of the 2000's, December 2010
- No. 185 **Schröder, C.:** Regionale und unternehmensspezifische Faktoren einer hohen Wachstumssdynamik von IKT Unternehmen in Deutschland; Dezember 2010
- No. 186 **Emons, O.:** Innovation and Specialization Dynamics in the European Automotive Sector: Comparative Analysis of Cooperation & Application Network, October 2010
- No. 187 **Welfens, P.J.J.:** The Twin Crisis: From the Transatlantic Banking Crisis to the Euro Crisis?, January 2011
- No. 188 **Welfens, P.J.J.:** Green ICT Dynamics: Key Issues and Findings for Germany, March 2012

- No. 189 **Erdem, D.:** Foreign Direct Investments, Energy Efficiency and Innovation Dynamics, July 2011
- No. 190 **Welfens, P.J.J.:** Atomstromkosten und -risiken: Haftpflichtfragen und Optionen rationaler Wirtschaftspolitik, Mai 2011
- No. 191 **Welfens, P.J.J.:** Towards a Euro Fiscal Union: Reinforced Fiscal and Macroeconomic Coordination and Surveillance is Not Enough, January 2012
- No. 192 **Irawan, Tony:** ICT and economic development: Conclusion from IO Analysis for Selected ASEAN Member States, November 2013
- No. 193 **Welfens, P.J.J.; Perret, J.:** Information & Communication Technology and True Real GDP: Economic Analysis and Findings for Selected Countries, February 2014
- No. 194 **Schröder, C.:** Dynamics of ICT Cooperation Networks in Selected German ICT Clusters, August 2013
- No. 195 **Welfens, P.J.J.; Jungmittag, A.:** Telecommunications Dynamics, Output and Employment, September 2013
- No. 196 **Feiguine, G.; Solojova, J.:** ICT Investment and Internationalization of the Russian Economy, September 2013
- No. 197 **Kubielas, S.; Olender-Skorek, M.:** ICT Modernization in Central and Eastern Europe, May 2014 Trade and Foreign Direct Investment New Theoretical Approach and Empirical Findings for US Exports & European Exports
- No. 198 **Feiguine, G.; Solovjova, J.:** Significance of Foreign Direct Investment for the Development of Russian ICT sector, May 2014
- No. 199 **Feiguine, G.; Solovjova, J.:** ICT Modernization and Globalization: Russian Perspectives, May 2014
- No. 200 **Syrya, O.:** Mobile Telecommunications and Digital Innovations, May 2014
- No. 201 **Tan, A.:** Harnessing the Power of ICT and Innovation Case Study Singapore, June 2014
- No. 202 **Udalov, V.:** Political-Economic Aspects of Renewable Energy: Voting on the Level of Renewable Energy Support, November 2014
- No. 203 **Welfens, P.J.J.:** Overcoming the EU Crisis and Prospects for a Political Union, November 2014
- No. 204 **Welfens, P.J.J.; Irawan, T.:** Trade and Foreign Direct Investment: New Theoretical Approach and Empirical Findings for US Exports and European Exports, November 2014
- No. 205 **Welfens, P.J.J.:** Competition in Telecommunications and Internet Services: Problems with Asymmetric Regulations, Dezember 2014
- No. 206 **Welfens, P.J.J.:** Innovation, Inequality and a Golden Rule for Growth in an Economy with Cobb-Douglas Function and an R&D Sector, März 2015
- No. 207 **Perret, J.K.:** Comments on the Impact of Knowledge on Economic Growth across the Regions of the Russian Federation
- No. 208 **Welfens, P.J.J.; Irawan T.:** European Innovations Dynamics and US Economic Impact: Theory and Empirical Analysis, June 2015
- No. 209 **Welfens, P.J.J.:** Transatlantisches Freihandelsabkommen EU-USA: Befunde zu den TTIP-Vorteilen und Anmerkungen zur TTIP-Debatte, Juni 2015
- No. 210 **Welfens, P.J.J.:** Overcoming the Euro Crisis and Prospects for a Political Union, July 2015
- No. 211 **Welfens, P.J.J.:** Schumpeterian Macroeconomic Production Function for Open Economies: A New Endogenous Knowledge and Output Analysis, January 2016

- No. 212 **Jungmittag, A.; Welfens, P.J.J.:** Beyond EU-US Trade Dynamics: TTIP Effects Related to Foreign Direct Investment and Innovation, February 2016
- No. 213 **Welfens, P.J.J.:** Misleading TTIP analysis in the 6th/7th May 2016 issue of DER SPIEGEL, May 2016
- No. 214 **Welfens, P.J.J.:** TTIP-Fehlanalyse im SPIEGEL Heft 6. Mai 2016, Mai 2016
- No. 215 **Welfens, P.J.J.; Irawan, T.; Perret, J.K.:** True Investment-GDP Ratio in a World Economy with Investment in Information & Communication Technology, June 2016
- No. 216 **Welfens, P.J.J.:** EU-Osterweiterung: Anpassungsprozesse, Binnenmarktdynamik und Euro-Perspektiven, August 2016

Weitere Beiträge von Interesse:

Titels of related interest:

Paul J.J. Welfens; Jens K. Perret; Tony Irawan; Evgeniya Yushkova (2015), Towards Global Sustainability, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens; A. Korus; T. Irawan (2014), Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen: Handels-, Wachstums- und industrielle Beschäftigungsdynamik in Deutschland, den USA und Europa, Lucius & Lucius Stuttgart

Paul J.J. Welfens (2013), Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens (2013), Social Security and Economic Globalization, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens (2012), Clusters in Automotive and Information & Communication Technology, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens (2011), Innovations in Macroeconomics, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens (2011), Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik für Deutschland und Europa, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens; Cillian Ryan (2011), Financial Market Integration and Growth, Springer Berlin Heidelberg

Raimund Bleischwitz; Paul J.J. Welfens; ZhongXiang Zhang (2011), International Economics of Resource Efficiency, Physica-Verlag HD

Paul J.J. Welfens; John T. Addison (2009), Innovation, Employment and Growth Policy Issues in the EU and the US, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens; Suthiphand Chirathivat; Franz Knipping (2009), EU – ASEAN, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens; Ellen Walther-Klaus (2008), Digital Excellence, Springer Berlin Heidelberg

Huub Meijers; Bernhard Dachs; Paul J.J. Welfens (2008), Internationalisation of European ICT Activities, Springer Berlin Heidelberg

Richard Tilly; Paul J.J. Welfens; Michael Heise (2007), 50 Years of EU Economic Dynamics, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens; Mathias Weske (2007), Digital Economic Dynamics, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens; Franz Knipping; Suthiphand Chirathivat (2006), Integration in Asia and Europe, Springer Berlin Heidelberg

Edward M. Graham; Nina Oding; Paul J.J. Welfens (2005), Internationalization and Economic Policy Reforms in Transition Countries, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens; Anna Wziatek-Kubiak (2005), Structural Change and Exchange Rate Dynamics, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens; Peter Zoche; Andre Jungmittag; Bernd Beckert; Martina Joisten (2005), Internetwirtschaft 2010, Physica-Verlag HD

Evgeny Gavrilenkov; Paul J.J. Welfens; Ralf Wiegert (2004), Economic Opening Up and Growth in Russia, Springer Berlin Heidelberg

John T. Addison; Paul J.J. Welfens (2003), Labor Markets and Social Security, Springer Berlin Heidelberg

Timothy Lane; Nina Oding; Paul J.J. Welfens (2003), Real and Financial Economic Dynamics in Russia and Eastern Europe, Springer Berlin Heidelberg

Claude E. Barfield; Günter S. Heiduk; Paul J.J. Welfens (2003), Internet, Economic Growth and Globalization, Springer Berlin Heidelberg

Thomas Gries; Andre Jungmittag; Paul J.J. Welfens (2003), Neue Wachstums- und Innovationspolitik in Deutschland und Europa, Physica-Verlag HD

Hermann-Josef Bunte; Paul J.J. Welfens (2002), Wettbewerbsdynamik und Marktabgrenzung auf Telekommunikationsmärkten, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens; Ralf Wiegert (2002), Transformationskrise und neue Wirtschaftsreformen in Russland, Physica-Verlag HD

Paul J.J. Welfens; Andre Jungmittag (2002), Internet, Telekomliberalisierung und Wirtschaftswachstum, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens (2002), Interneteconomics.net, Springer Berlin Heidelberg

David B. Audretsch; Paul J.J. Welfens (2002), *The New Economy and Economic Growth in Europe and the US*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens (2001), *European Monetary Union and Exchange Rate Dynamics*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens (2001), *Internationalization of the Economy and Environmental Policy Options*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens (2001), *Stabilizing and Integrating the Balkans*, Springer Berlin Heidelberg

Richard Tilly; Paul J.J. Welfens (2000), *Economic Globalization, International Organizations and Crisis Management*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens; Evgeny Gavrilencov (2000), *Restructuring, Stabilizing and Modernizing the New Russia*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens; Klaus Gloede; Hans Gerhard Strohe; Dieter Wagner (1999), *Systemtransformation in Deutschland und Rußland*, Physica-Verlag HD

Paul J.J. Welfens; Cornelius Graack (1999), *Technologieorientierte Unternehmensgründungen und Mittelstandspolitik in Europa*, Physica-Verlag HD

Paul J.J. Welfens; George Yarrow; Ruslan Grinberg; Cornelius Graack (1999), *Towards Competition in Network Industries*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens (1999), *Globalization of the Economy, Unemployment and Innovation*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens (1999), *EU Eastern Enlargement and the Russian Transformation Crisis*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens; S. Jungbluth; H. Meyer; John T. Addison; David B. Audretsch; Thomas Gries; Hariolf Grupp (1999), *Globalization, Economic Growth and Innovation Dynamics*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens; David B. Audretsch; John T. Addison; Hariolf Grupp (1998), *Technological Competition, Employment and Innovation Policies in OECD Countries*, Springer Berlin Heidelberg

John T. Addison; Paul J.J. Welfens (1998), *Labor Markets and Social Security*, Springer Berlin Heidelberg

Axel Börsch-Supan; Jürgen von Hagen; Paul J.J. Welfens (1997), *Wirtschaftspolitik und Weltwirtschaft*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens; George Yarrow (1997), *Telecommunications and Energy in Systemic Transformation*, Springer Berlin Heidelberg

Jürgen v. Hagen; Paul J.J. Welfens; Axel Börsch-Supan (1997), *Springers Handbuch der Volkswirtschaftslehre 2*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens; Holger C. Wolf (1997), *Banking, International Capital Flows and Growth in Europ*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens (1997), *European Monetary Union*, Springer Berlin Heidelberg
Richard Tilly; Paul J.J. Welfens (1996), *European Economic Integration as a Challenge to Industry and Government*, Springer Berlin Heidelberg

Jürgen v. Hagen; Axel Börsch-Supan; Paul J.J. Welfens (1996), *Springers Handbuch der Volkswirtschaftslehre 1*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens (1996), *Economic Aspects of German Unification*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens; Cornelius Graack (1996), *Telekommunikationswirtschaft*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens (1996), *European Monetary Integration*, Springer Berlin Heidelberg

Michael W. Klein; Paul J.J. Welfens (1992), *Multinationals in the New Europe and Global Trade*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens (1992), *Economic Aspects of German Unification*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens (1992), *Market-oriented Systemic Transformations in Eastern Europe*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens (1990), *Internationalisierung von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik*, Springer Berlin Heidelberg

Paul J.J. Welfens; Leszek Balcerowicz (1988), *Innovationsdynamik im Systemvergleich*, Physica-Verlag HD